

iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 455

Mittwoch, 3. März 2010

16. Jahrgang

Der dunkle Handel mit dem Licht: Erzeugung und Kommerzialisierung von elektrischem Strom

Víctor Ferrigno F., Jurist, Akademiker und Journalist, veröffentlichte diesen Text in seiner vollen Länge in der Revue Diálogo von FLACSO (N. 8, 3. Edition, Nov. 2009) und geht der Funktionsweise des guatemaltektischen Elektrizitätssystems auf die Spur, wobei er darstellt, wie dieses konstituiert ist, welche Probleme und Risiken bestehen und wer Vorteile daraus zieht, die zu Lasten des nationalen Interesses und der VerbraucherInnen gehen.

Guatemala verzeichnet die höchsten Strompreise in ganz Zentralamerika. Die Nachfrage nach Strom entspricht mehr oder weniger dem Angebot; die Erzeugung hängt fast ausschliesslich von Kohlekraftwerken ab, welche Umweltverschmutzungen verursachen. Die Kosten werden sozialisiert, der Nutzen privatisiert, und der Gesetzesrahmen, der diesen Prozess von der Energiegewinnung bis hin zum Verkauf reguliert, ist undurchsichtig. Aufgrund dieser fünf Probleme wurde 1996 der Gesetzesrahmen geändert, was allerdings zu einer Verschlimmerung der Situation führte. Dazu kommt, dass heutzutage die Interessen privater Firmen das Elektrizitätssystem bestimmen, da der Staat mehr oder weniger auf seine Verantwortung verzichtet und sein Entscheidungsrecht abgegeben hat, obwohl die Energieversorgung Teil der nationalen Sicherheit ist.

Die Privatisierung einer strategischen Dienstleistung

Das *Nationale Elektrizitätswerk* (INDE) wurde 1959 erschaffen. Die Administration setzt sich aus einer Geschäftsleitung und einem Rat zusammen, in dem verschiedene Ministerien (Energie und Bergbau, Wirtschaft) und Interessensgruppen (Stadträte, Firmen und Gewerkschaften) vertreten sind. Die Geschäftsleitung verwaltet ein Budget von mehr als 2,2 Milliarden Quetzales jährlich. ExpertInnen bestätigen, dass die RepräsentantInnen im Administrationsrat sowie die Geschäftsleitung des INDE eigentlich von privaten Firmen gestellt werden, die oft mit den jeweiligen Regierungsmitgliedern unter einer Decke stecken, die dann auch AktionärInnen der Strom erzeugenden oder verkaufenden Firmen sind.

Aufgrund des Golfkrieges, der die Erdölpreise in die Höhe schiessen liess, begannen in Guatemala nach 1992 verschiedene private Energieerzeuger zu operieren. Diese Unternehmen übten Druck aus, um eine Reform des Elektrizitätssektors zu erzwingen. Diese Reform zielte auf ein System gemischter Beteiligung (Regierung und privater Sektor) und wurde 1996 während der Regierungszeit von Álvaro Arzú durchgesetzt.

In diesen Jahren vollzog sich ein allgemeiner Privatisierungsprozess und eine Restrukturierung des Landes. Das Elektrizitätssystem wurde in vier Bereiche unterteilt: Energieerzeugung, Transport, Verteilung und Verkauf. Dabei zählen 31 Unternehmen zu den Energieerzeugern, mit Ausnahme des INDE sind alle privater Natur. Das INDE ist auch für den Transport verantwortlich, zusammen mit zwei weiteren privaten Firmen. Die Distribution verteilt sich auf 16 öffentliche und drei private Unternehmen, der Verkauf auf 14 Privatunternehmen. Von den 67 am Stromgeschäft beteiligten Unternehmen sind also gut drei Viertel privater Natur, ihre Hegemonie ist somit klar erkennbar – obwohl laut Gesetz dem *Ministerium für Energie und Bergbau* (MEM) die Planung, Koordinierung und Kontrolle zusteht, die es über die unabhängige *Nationale Kommission elektrischer Energie* (CNEE) ausübt. Die CNEE wird allerdings ebenso von privaten Initiativen beeinflusst.

Das INDE erklärt auf seiner Webseite, dass ein Ziel der Reform war, die VerbraucherInnen zu schützen, und deshalb Erzeugung, Transport und Verteilung des Stroms in drei verschiedene Bereiche aufgeteilt wurden. Das *Unternehmen zur Verteilung der elektrischen Energie* (EDEE) wurde später regionalisiert. Ab 1998 operierten die Gesellschaften DEORSA im Osten und DEOCSA im Westen des Landes. 91,4% der Aktien der beiden Unternehmen sind im Besitz der spanischen Firma *Unión Fenosa*.

StromkonsumentInnen befinden sich in völliger Schutzlosigkeit, da es keine Transparenz in den Verträgen und Transaktionen gibt, in den Rechnungen die Preise nicht zu finden sind und Beschwerden von Seiten der VerbraucherInnen nicht nachgekommen wird. Allein zwischen Januar und Mai 2009 erhielt die CNEE rund

90'000 Anzeigen gegen DEORSA und DEOCSA. Auch ist in den Rechnungen nicht zu erkennen, wann Unterbrechungen in der Stromversorgung stattfanden und wie diese kompensiert wurden. Laut ExpertInnen gibt es im Durchschnitt 16 Stunden Stromunterbrechung pro 1000 Stunden gelieferten Strom, was den internationalen Standard überschreitet.

Diese Zustände führten dann letztendlich zu massiven Demonstrationen, wie im Juli 2006 in Totonicapán oder letzten Dezember in San Marcos: Am 1. Dezember demonstrierte *Unión Fenosa* fünf Stromtransformatoren und liess somit 38 Gemeinden ohne Licht. Begründet wird dies von der Firma mit den Schulden der BürgerInnen, die ihre (überteuerten) Rechnungen nicht bezahlt haben und durch Sabotageakten an Stromleitungen (die von MitarbeiterInnen von Firmen, die bei *Unión Fenosa* unter Vertrag stehen, begangen wurden). Darauf kam es zu Protesten von Seiten der Bevölkerung. Dabei wurden vier Personen ermordet, 250 Haftbefehle ausgeführt und vier Ausnahmestände verhängt, die am 22. Dezember begannen und noch mindestens bis zum 20. Februar andauern. Wenige Firmen erleben soviel Zurückweisung von der Bevölkerung wie DEOCSA und DEORSA, welche freie Hand bei der Kommerzialisierung des Stromflusses haben und keiner Kontrolle durch das MEM oder die CNEE ausgesetzt sind, obwohl letzterer diese Aufgabe laut Gesetz zukommt. Auch könnte man sich als VerbraucherIn fragen, warum in der Regenzeit die Tarife nicht sinken, obwohl die Stromgewinnung um 25% ansteigt und die Kosten um bis zu 300% sinken. Aber die Tarifberechnung ist für die BürgerInnen eh unverständlich, weshalb man auch nie weiss, wie viel man nun wirklich zahlt und aufgrund welcher Berechnungsgrundlage.

Die Reform und die Privatisierung sollten dafür sorgen, dass das Monopol des INDE über das Elektrizitätsnetz gebrochen wird. Aber nur die grössten VerbraucherInnen (um die 800 an der Zahl) können frei entscheiden, welche Firma ihnen den Strom erzeugt und liefert.

Die elektrische Zusammenschaltung wächst auf Kosten der VerbraucherInnen

Die geteilte Stromerzeugung (Staat, private Unternehmen) erhöhte in bedeutender Weise die Kapazitäten des *Systems der Nationalen Verbundwirtschaft* (SNI), welches ein Netz von Stromwerken und -verteilern darstellt. Diese sind durch ein Transportsystem verbunden, das fast gänzlich auf Kosten der VerbraucherInnen gebaut wurde, aber an welchem vor allem die Strom erzeugenden und verteilenden Firmen verdienen.

Das SNI arbeitete bis Dezember 2008 in 21 der 22 Departements. Der Peten wurde dann im April 2009 angeschlossen – mit fünf Jahren Verspätung hinsichtlich der Planung. Der Nichtanschluss des Peten bedeutete, dass ein Drittel des nationalen Gebietes nicht an das Stromnetz angeschlossen war. Und selbst die angeschlossenen Gebiete sind nicht vollständig abgedeckt, da abgelegene Dörfer nicht angebunden sind. Man verzeichnet ein Defizit zwischen 10 und 30% in den verschiedenen Departments, wobei in Alta Verapaz, wo mit Chixoy das grösste Wasserkraftwerk Guatemalas liegt, die Stromversorgung nur 43% abdeckt. Die 3500 Dörfer, die ohne Strom auskommen, sind gleichzeitig die ärmsten des Landes und werden hauptsächlich von indigenen Menschen bewohnt. Dies reflektiert, dass die Interessen der Firmen und der Verbundwirtschaft wirtschaftlicher Natur sind und nichts zur Entwicklung des Landes beitragen.

Die Stromversorgung stieg zwischen 1996 und 2008 von 59,1% auf 83,5% an. Allerdings geschah dies aufgrund öffentlicher Investition und nicht privater, ausser vielleicht in städtischen Gebieten oder für die GrossverbraucherInnen. Seit 1998 verfolgt das INDE auch den aggressiven *Plan der ländlichen Elektrifizierung* (PER). Dies geschieht durch die Privatisierung der Distribution und wird durch die von *Unión Fenosa* aufgekauften Firmen DEOCSA und DEORSA ausgeführt.

Auf regionaler Ebene haben die Regierungen Zentralamerikas vor mehr als einer Dekade vereinbart, das *System der Zentralamerikanischen Elektrischen Verbundwirtschaft* (SIEPAC) auszubauen. Dies umfasst den Bau eines Netzes von 230 kV zwischen Panama und Guatemala mit dem Ziel, den regionalen Elektrizitätsmarkt weiter zu entwickeln und die Stromversorgung abzusichern. Der Kostenpunkt liegt bei 370 Millionen US\$. Zu diesem Zweck haben die Regierungen die Firma *Empresa Proprietaria de la Línea de Transmisión Eléctrica S.A* gegründet, die das Projekt plant, finanziert, baut und erhalten soll. Dieser Allianz haben sich die Firma ENDESSA Internacional aus Spanien und die Firmengruppe ISA aus Kolumbien angeschlossen.

Was Guatemala ursprünglich am SIEPAC interessierte, ist vor allem der Verkauf von Strom, da bis auf Costa Rica alle Länder der Region ein Defizit in der Stromerzeugung aufweisen. Aber in aussergewöhnlichen Momenten wie bei ausbleibendem Regen kann SIEPAC die Stromnachfrage Guatemalas decken. Weiterhin unterschrieb 2006 Guatemala ein Abkommen mit Mexiko, um eine elektrische Verbindung im Rahmen des damaligen Plan Puebla Panama (heute Plan Mesoamerica) auszubauen.

Die Nachfrage übersteigt das Angebot in einem Kontext von sozialen Konflikten

Laut Daten des MEM verbraucht das Land fast den gesamten erzeugten Strom. Ausgehend davon, dass wenigstens 15% als Reserve für Notfälle gespeichert sein müsste, bedeutet dies, dass die Nachfrage das Angebot überschritten hat bzw. ihm gleichkommt, also keine Stromreserve aufzuweisen ist. Das heutige Elektrizitätsmodell funktioniert also nicht.

Um dem entgegenzuwirken und um die Abhängigkeit vom Öl zu verringern, verfolgt das INDE seit 2004 den Strategischen Plan von hydroelektrischen Projekten. Dieser beinhaltet den Bau von mehreren kleinen und einem grossen Wasserkraftwerk (z. B. Xalalá, siehe ¡Fijáte! 444). So gab Álvaro Colom im Mai 2008, inmitten der steigenden Erdölpreise an, dass fünf Wasserkraftwerke und drei Kohlekraftwerke erbaut werden, die bis 2014 in

Betrieb gehen sollen. Somit würde man die Energieerzeugung aus Ölderivaten auf 4,3% senken. In diesem Sinne setzt Colom auf erneuerbare Energiequellen, doch in Anbetracht der Dringlichkeit griff er erstmal auf Kohle zurück, mit der schneller Energie produziert werden kann, die aber auch weit mehr verschmutzt. Auf kurze Sicht ist die einzige Lösung die elektrische Zusammenschaltung mit Mexiko, welche im Oktober letzten Jahres initiiert wurde, da man rechnet, dass die nationale Nachfrage nach Strom jährlich um 5 bis 7% ansteigen wird. Trotz allem schätzt das INDE, dass die Nachfrage im Jahr 2010 das Angebot aufgrund des ausgefallenen Regens im Jahr 2009 übersteigen wird. Das INDE konnte dadurch 180 GWh weniger Strom produzieren und war gezwungen, Strom anzukaufen.

Guatemala hat seine energetische Unabhängigkeit verloren, obwohl es genug Potenzial besitzt, um mit erneuerbaren Energiequellen Strom für ganz Zentralamerika zu erzeugen. Allerdings werden nur 13% der Hydroenergie und 2,65% der geothermischen Energie genutzt, die Windenergie überhaupt nicht, da keine Anlagen dafür existieren. In diesem Kontext der Stromknappheit sind die Preise nach oben geschossen, was dazu führte, dass die Stromzufuhr in verschiedenen Orten suspendiert wurde, die Bevölkerung protestierte und soziale AnführerInnen ermordet wurden wie Víctor Gálvez, Evelinda Ramirez Reyes, Pedro García und Octavio Roblero. Gleichzeitig machen die Volksabstimmungen deutlich, dass die indigenen Völker, die in den von Kraftwerken betroffenen Gebieten wohnen, gegen deren Bau sind. Dies begründet sich hauptsächlich mit den sozialen und ökologischen Folgen und dem Fehlen jeglicher Information und Mitbestimmung. So gesehen führt die Nichteinbeziehung der Bevölkerung dazu, dass das Stromnetz nicht ausgebaut wird, und private Firmen ihre Energie zu wesentlich höheren Preisen verkaufen können. Auch muss gesagt werden, dass noch immer 51% des Energieverbrauchs durch Holz generiert wird, ein Prozentsatz der zwischen 2006 und 2008 sogar um vier Punkte stieg.

Ein weiterer wichtiger Punkt, der die Reform von 1996 in ihrer Unbrauchbarkeit bestätigt, ist die Tatsache, dass der Markt es nicht schafft, trotz Steuerbefreiungen wettbewerbsfähige Preise zu bieten. Seit 2000 wird das INDE mit Millionen von Quetzales staatlich subventioniert, um die sozialen Tarife, die der/die KleinverbraucherIn nicht zahlen kann, stabil zu halten. Somit wird ein System unterhalten, das sonst zusammengebrochen wäre. Mit diesem Betrag hätte man zwei Wasserkraftwerke der Grösse Xalalás bauen, die Strompreise senken und die energetische Unabhängigkeit zurückerlangen können.

Um diese Unabhängigkeit wiederzuerlangen, müsste der Staat allerdings wieder die Entscheidungskraft in seine Hände nehmen und eine sinnvolle Energiepolitik durchsetzen, die das soziale Interesse dem wirtschaftlichen vorzieht. Strom hat nicht nur einen ökonomischen Preis, sondern auch einen politischen Wert. Deshalb sollte die Energiepolitik der Volksabstimmung unterliegen, so wie es der Artikel 173 der Verfassung von 1985 verlangt.

Engagiert Euch, liebe LeserInnen! Beteiligt Euch an der Urgent Action!

Guatemala UA-041/2010 Index: AMR 34/001/2010, 22. Februar 2010 Urgent Action von amnesty international:

getötet: Herr **OCTAVIO ROBLERO**, Herr **VICTOR GALVEZ**, Frau **EVELINDA RAMIREZ REYES**
in Gefahr: **MITGLIEDER DER ORGANISATION FRENA**

Die Mitglieder eines Netzwerkes von AktivistInnen in Guatemala, die sich für Nachhaltigkeit und die Rechte von VerbraucherInnen engagieren, sind in grosser Gefahr. Seit Oktober 2009 sind drei Mitglieder der Organisation FRENA getötet worden. Der jüngste Fall war der Mord an Octavio Roblero. Das Motiv für die Tötungen ist nicht bekannt, und bisher ist niemand dafür zur Verantwortung gezogen worden. Weitere führende Mitglieder von FRENA haben Morddrohungen erhalten.

Drei Mitglieder von FRENA (Frente de Resistencia en Defensa de los Recursos Naturales y Derechos de los Pueblos) sind erschossen worden. Octavio Roblero wurde am 17. Februar 2010 vor seiner Dienststelle in der Stadt Malacatán nahe der Grenze zu Mexiko erschossen. Am Tatort fand man 17 Patronen. Im Vorfeld dieses Anschlags hatte Octavio Roblero telefonische Morddrohungen erhalten. Er war der Überzeugung, dass diese im Zusammenhang mit seinem Einsatz in der Organisation FRENA standen. Er hatte Fortschritte bei den Ermittlungen bezüglich der Tötung von Victor Galvez, seinem Schwager, ebenfalls FRENA-Mitglied, eingefordert, der im Oktober 2009 ermordet worden war. Auf Victor Galvez waren zehn Schüsse abgefeuert worden, als er das Büro von FRENA verliess. Auf einer öffentlichen Veranstaltung hatte er kurz zuvor über das Vorhaben von FRENA informiert, die BürgerInnen über die schlechte Qualität und die überhöhten Tarife des örtlichen Stromkonzerns aufzuklären. Victor Galvez war ebenfalls wegen seines Einsatzes bei FRENA mit dem Tode bedroht, schikaniert und tötlich angegriffen worden.

Bei dem dritten ermordeten FRENA-Mitglied handelte es sich um Evelinda Ramirez Reyes (siehe ¡Fijáte! 452). Sie lebte in der Stadt Ocos, nicht weit entfernt von Malacatán. Sie wurde am 13. Januar 2010 ermordet, als sie nach einem Treffen mit RegierungsvertreterInnen im Zusammenhang mit ihrer Arbeit bei FRENA in der Hauptstadt auf dem Weg nach Hause war. Sie war mit drei weiteren FRENA-AktivistInnen in einem Auto unterwegs, als aus einem weissen Kleintransporter, der ihnen gefolgt war, Schüsse auf sie abgefeuert wurden. Mehrere Schüsse trafen Evelinda Ramirez in die Brust.

Weitere führende Mitglieder der Organisation FRENA haben Morddrohungen erhalten. FRENA nannte 289 Mitglieder, um deren Sicherheit Sorge bestünde, weil sie für die Koordinierung der Aktivitäten der Organisation verantwortlich seien. Die Behörden haben bislang keinerlei Schutzmassnahmen für die Betroffenen ergriffen.

Hintergrundinformationen

FRENA ist eine zivilgesellschaftliche Organisation, die in 17 Verwaltungsbezirken des Departments San Marcos in der Nähe der Grenze zu Mexiko tätig ist. In jedem Departement übernimmt ein gewählter Ausschuss die Aufgabenkoordination. Seit 2008 treten FRENA-MitarbeiterInnen für die Rechte von VerbraucherInnen ein, wenn es um den mutmasslichen Betrug durch Energieunternehmen geht. Darunter fallen das Berechnen von Dienstleistungen, die nicht erbracht wurden, überzogene Zahlungsforderungen sowie regelmäßige Stromausfälle in der Region. FRENA ist der Ansicht, dass das Stromversorgungsunternehmen in betrügerischer Absicht handelt. FRENA war an hochrangigen Gesprächen mit VertreterInnen des Unternehmens und der Regulierungsbehörde der Regierung beteiligt und fordert eine öffentliche Untersuchung der von ihr erhobenen Vorwürfe und die Verhängung von Sanktionen gegen den Stromkonzern. FRENA tritt ausserdem dafür ein, dass der bestehende Vertrag mit dem Stromanbieter beendet wird und ein neues örtliches Unternehmen gegründet wird, das für die Gemeinden leichter zugänglich ist und ihnen mehr Mitsprachemöglichkeiten bietet.

Empfohlene Aktionen

SCHREIBEN SIE BITTE FAXE ODER LUFTPOSTBRIEFE

- Dringen Sie bei den Behörden darauf, in Absprache mit den Betroffenen umgehend wirksame Massnahmen zum Schutz der führenden FRENA-Mitglieder zu ergreifen.
- Fordern Sie die Behörden auf, sofort eine gründliche und unparteiische Untersuchung der Tötung von Octavio Roblero, Evelinda Ramirez Reyes und Victor Galvez einzuleiten, die Ergebnisse zu veröffentlichen und die Verantwortlichen vor Gericht zu stellen.

Appelle an

GENERALSTAATSANWALT

Lic. José Amílcar Velásquez Zárata

Fiscal General de la República y Jefe del Ministerio Público

8 Avenida 10-67, Zona 1, Antiguo Edificio del Banco de los Trabajadores, Ciudad de Guatemala, GUATEMALA

(korrekte Anrede: Dear Attorney General/Estimado Sr. Fiscal General)

Fax: (00 502) 2411 9124

(00 502) 2411 9326

INNENMINISTER

Lic. Raúl Antonio Velásquez Ramos

Ministro de Gobernación

6 Avenida 13-71, Zona 1, Ciudad de Guatemala, GUATEMALA

(korrekte Anrede: Dear Minister/Estimado Sr. Ministro)

Fax: (00 502) 2413 8658

Kopien an

BOTSCHAFT DER REPUBLIK GUATEMALA

S.E. Herrn Gabriel Edgardo Aguilera Peralta

Joachim-Karnatz-Allee 45-47, 2. OG., 10557 Berlin

Fax: 030-2064 3659, E-Mail: embaguate.alemania@t-online.de

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle möglichst sofort. Schreiben Sie in gutem Spanisch, Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **5. April 2010** keine Appelle mehr zu verschicken.

Erneute Gewalt in San Juan Sacatepéquez

Guatemala, 13. Feb. Zwölf Gemeinden aus San Juan Sacatepéquez und verschiedene soziale Organisationen verurteilten in einer Presseerklärung auf nationaler und internationaler Ebene die Ermordung von Germán Antonio Curup. Laut Communiqué wurden am 11. Februar Germán Antonio Curup und ein bisher unbekannter Arbeitskollege gekidnappt, als sie dabei waren, ihren Arbeitsplatz zu verlassen. Einen Tag später tauchten die beiden wieder auf, allerdings tot, mit Zeichen von Tortur und mehreren Schussverletzungen.

Germán Antonio Curup war der Sohn eines Gemeindeführers, Abelino Curup, der sich gegen die Zementfabrik aussprach, die im Gebiet von San Juan Sacatepéquez gebaut wird. Der Vater wurde letztes Jahr, vermutlich aufgrund seiner Proteste mehrerer Morde beschuldigt und zu 50 Jahren Haft verurteilt. Die DorfbewohnerInnen sind aber sicher, dass er diese Verbrechen nicht begangen hat, was aber vor Gericht nicht bewiesen werden konnte.

Nun glauben die Gemeinden, dass die Ermordung von Antonio Curup mit dem Konflikt zwischen der Zementfabrik und den DörflerInnen zu tun hat. Ein weiterer Zusammenhang besteht darin, dass Antonio Curup Informationen darüber besass, wer wirklich die Morde begangen hatte, für die sein Vater einsitzt. Er hatte ebenso den Kampf seines Vaters weitergeführt, zusammen mit Tausenden von EinwohnerInnen der 12 Dörfer, die gegen die Zementfabrik protestieren. Deshalb wird davon ausgegangen, dass die Ermordung ein weiterer Akt der Einschüchterung der BewohnerInnen von Seiten von *Cementos Progreso*, Eigentümerin der Zementfabrik, ist - ein Zustand der schon seit drei Jahren anhält.

Frauen und Klimawandel

Guatemala, 22. Feb. Nächste Woche ist der internationale Frauentag. Ein Anlass, um auf die vielfach bittere Situation zu schauen, in der sich in Guatemala insbesondere die indigenen Frauen auf dem Land befinden. Und doch sollten wir bei all dem nicht vergessen, dass es viele Frauen gibt, die unablässig daran arbeiten, über diese Situation zu informieren und etwas daran zu ändern.

Dazu gehören etwa Cletilde Cú Caal, Aktivistin der *Verteidigerinnen der indigenen Frauen* (DEMI), Lola Cabnal von der *Indigenen Versammlung zum Klimawandel* oder Maité Rodríguez von der *Stiftung Guatemala*, die gemeinsam mit der Repräsentantin der UN-Frauenstiftung (UNIFEM) in Guatemala, Rita Cassisi, auf einer Pressekonferenz zum Thema „Indigene Frauen und der Klimawandel: Erfahrungen und Herausforderungen“ sprachen.

Cassisi erklärte, dass Guatemala eines der Länder sei, das am schwersten von den Konsequenzen des Klimawandels betroffen sei, insbesondere aber auch die guatemalteckischen Frauen, da diese kaum Zugang zu Krediten, einer minimalen Grundversorgung und Bildung haben. Warum dies so ist, zeigen etwa die Ergebnisse einer jüngst veröffentlichten Studie der *Internationalen Arbeitsorganisation* (ILO), die besagen, dass von den erwerbstätigen Frauen in Guatemala 73 Prozent im informellen Sektor arbeiten, also in einer Tätigkeit, die durch unsichere und eher geringe Einnahmen geprägt ist.

Vielfach, so Lola Cabnal, sei der Einbezug der indigenen Frauen bei Umweltfragen eher gering, obwohl diese im Alltag am stärksten von den Umweltveränderungen betroffen seien. Andererseits aber seien Frauen dann, wenn in Gemeinden begonnen werde, die Folgen des Klimawandels anzugehen und für eine Verbesserung der lokalen Ökonomie und der Nahrungsmittelversorgung zu kämpfen, an vorderster Front anzutreffen.

Diejenigen Frauen, die sich in diesem Bereich engagierten, nutzen gemäss Cú Caal internationale Treffen wie z.B. auf den Klimagipfel in Kopenhagen im Dezember 2009, um sich mit anderen indigenen Gruppen zu vernetzen und neue Aktionsformen auszuprobieren.

Beim praktischen Umgang mit den Folgen der durch Klimawandel verursachten Naturkatastrophen werden die Frauen durch das Projekt „Gemeindefonds für Katastrophen und Psychische Widerstandsfähigkeit“ unterstützt, das Maité Rodríguez von der *Stiftung Guatemala* vorstellte: in dem Projekt werden Frauen darin ausgebildet, Gebiete zu identifizieren, die anfällig sind für Naturkatastrophen und dadurch Risiken zu vermindern. Gleichzeitig werden Aktivitäten gefördert wie z.B. der Aufbau eines Saatgutlagers und die Beschaffung von Werkzeugen für die Katastrophenhilfe. Damit sollen die Frauen ihre vorhandenen Potentiale und Strategien nutzen, um die Folgen des Klimawandels zu mildern. Dazu ist es jedoch nötig, die Diskriminierung, der sie weiterhin ausgesetzt sind, zu beenden und eine grössere Chancengleichheit bei der Verteilung der Ressourcen zu erreichen.

Videoüberwachung statt Schulmaterial

Guatemala Stadt, 11. Feb. Es hätte eine schöne Propagandaveranstaltung werden können für das Programm „Der Präsident und die Jugend“, das der guatemalteckische Präsident Álvaro Colom am 11. Februar mit dem Besuch der Vorzeige-Mädchenschule *Instituto Normal de Centro América* (INCA) im Herzen der Hauptstadt eröffnete. Er redete von den positiven Leistungen seiner Regierung, dem Wert einer kostenfreien Bildung (die es nicht gibt), und er forderte die Schülerinnen auf, sich politisch zu engagieren.

Wie die Realitäten im guatemalteckischen Bildungssystem aussehen, zeigten die Fragen der Schülerinnen und die Transparente, die auf den Bildern, die *Prensa Libre* oder *El Periodico* zeigten, zu sehen waren: im letzten Jahr seien 200 Schülerinnen mehr als im Vorjahr in der Schule, allerdings sei die Zahl der DozentInnen nicht angewachsen und die sanitären Einrichtungen unzureichend.

Eine Studie des Menschenrechtsprokurats (PDH) über 20 Primarschulen in zwölf Zonen der Hauptstadt kommt ebenfalls zu ernüchternden Ergebnissen: fehlende Geldmittel für allgemeine Schuldienste, zu wenig LehrerInnen, fehlende Unterstützung der SchülerInnen durch die Dozenten. Der Verantwortliche für die Studie,

Edilberto Cifuentes, sagte, dass an vielen Orten die Nachfrage die Kapazitäten der Schulen weit überschreite, so dass die Einschreibung von SchülerInnen begrenzt werden mussten. In manchen Schulen hätten Mehrzwecksäle unterteilt werden müssen, um den Unterricht zu gewährleisten. Weiterhin werde an den Schulen vielfach nicht Textbücher an jedeN SchülerIn verteilt, Schreibwaren fehlten ebenso oder seien kaputt. Auch die Geldmittel für die Reinigung und Reparatur der Gebäude seien häufig nicht vorhanden.

“Helfen Sie uns, Herr Präsident”, rief eine Schülerin unter dem Beifall ihrer Kolleginnen Colom zu. Dieser versprach, den Leiter des Friedensfonds zu fragen, ob der nicht finanziell helfen könnte.

In einem anderen Bereich der Schulpolitik ist Colom jedoch bereits weiter und – was Finanzielles angeht – auch grosszügiger. Zwei Tage vor dem Besuch im INCA präsentierte er gemeinsam mit seiner Frau Sandra Torres und dem Innenminister Raúl Velásquez das Programm “Sichere Schule”, das in bisher 26 Schuleinrichtungen Polizeischutz anbietet. Weiter wurden und werden 10 Videoüberwachungskameras pro Schule aufgestellt, sowohl im Pausenhof wie in den Innenräumen. Die dort aufgezeichneten Bilder werden direkt mit der Polizei verbunden. Diese Massnahmen, die – so muss konstatiert werden – von den SchülerInnen durchaus begrüsst werden, kosten etwa 1 Million Quetzales (etwa 90.000 Euro bzw. 132.000 Schweizer Franken) pro Schuleinrichtung.

Der verstockte Bildungsminister

Guatemala, 20. Feb. Aufgrund der Verstocktheit des Bildungsministers Bienvenido Argueto musste der Oberste Gerichtshof (CSJ) in Aktion treten, um diesen zu zwingen, der Abgeordneten Nineth Montenegro statistisches Material über diejenigen Personen zu übergeben, die von dem Programm “Mi Familia Progesa” profitiert haben. Hintergrund ist die Kritik, dass vor allem jene Personen, die der Regierungspartei UNE nahestehen, von den Geldern profitiert haben könnten. Aufgrund der weiteren Verzögerung der Übergabe hat Frau Montenegro ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Bildungsminister angekündigt.

Montana-Projekt – diesmal in Jutiapa

Jutiapa, 14. Feb. AnwohnerInnen der Region Asuncion Mita, Department Jutiapa sind alarmiert über die Verseuchung des Wassers des Güija-Sees durch den Abbau von Edelmetallen im Projekt *Cerro Blanco*. Dieses wird betrieben von der Firma Entre Mares, S.A., einer Tochter des kanadischen Konzerns Gold Corp / Montana Exploradora, bekannt auch durch seine Minenprojekte in San Marcos (siehe zuletzt ¡Fijate! 453).

Bereits im Oktober 2009 begannen die Umweltministerien von Guatemala und El Salvador Umweltstudien in Auftrag zu geben. Schon damals hat, so berichtete damals die salvadorianische Zeitung *Diario Co Latino*, der Umweltsachverständige David Perreira erklärt, das Gebiet, in dem Montana 1.200.000 Tonnen Gold abbauen wolle, liege inmitten einer ökologisch besonders wertvollen Zone. Und da Goldabbau mit dem Einsatz giftiger Stoffe, meist Zyanid, einherzugehen pflege, befürchteten einige BewohnerInnen die Kontamination der Flüsse und schließlich des Güjira-Sees. Für die BäuerInnen ist dies besonders alarmierend, da sie dasselbe Wasser auch zur Bewässerung ihrer Felder nutzen.

Der Widerstand der Gemeinden in Guatemala wie auch im benachbarten El Salvador wird angeführt von dem Franziskanerpater Armando, der bereits im Herbst 2009 friedliche Protestmärsche organisierte. Während der Umweltminister Guatemalas Luis Ferraté auf die Umweltstudien verwies, die noch im Gange seien, meinte der Vizeminister des Energie- und Minenministeriums Alfredo Pokus, dass die Mine in eineinhalb Jahren ihre Arbeit aufnehmen werde.

Erste Festnahmen im Fall “Dos Erres”

San Benito, 12. Feb. Die Strafkammer des Obersten Gerichtshofes (CSJ) hat am 9. Februar entschieden, dass die Strafverfahren gegen die 17 Verdächtigen im Fall des Massakers von Dos Erres, La Libertad, Petén, vom Dezember 1982 weitergehen muss (siehe ¡Fijate! 451). Nichts dürfe die Verfahren hemmen, sagte Richter César Barrientos.

Für Aura Elena Farfán von der Vereinigung der Familien der Inhaftierten und Verschwundenen (FAMDEGUA) ist diese Entscheidung „ein Manifest des Staates, das Urteil des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte umzusetzen“. Generalstaatsanwalt Amilcar Velásquez sagte deshalb, dass die Suche nach den 17 Militärangehörigen fortgeführt werden müsse.

In zwei Fällen war dies bereits erfolgreich. Bereits am 9. Februar wurde Manuel Pop Sun, ehemaliger stellvertretender Befehlshaber der Kaibiles-Einheit in Coban, Alta Verapaz, verhaftet und am 12. Februar der Haftrichterin Sonia Toledo in San Benito überstellt. Ein zweiter Verdächtiger, Reyes Collin Gualip, ebenfalls ehemaliger stellvertretender Befehlshaber einer Kaibiles-Einheit, wurde in Villa Nueva, Guatemala,

aufgegriffen. Sein Verteidiger legte jedoch Rechtsmittel gegen die persönliche Vorführung ein; diese müsse in der Gemeinde, wo er verhaftet worden sei, stattfinden, bevor er nach San Benito überstellt werden könne. Die Kaibiles, in denen die beiden an führender Stelle dienten, waren eine Eliteeinheit, die mutmasslich an dem Überfall auf die Gemeinde Dos Erres, La Libertad, Petén, teilgenommen haben, bei dem mehr als 252 BäuerInnen ermordet wurden.

¡Fijáte!

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Barbara Müller – barbara-m@bluewin.ch

Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com

Herausgegeben von

Schweiz:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Abos:

¡Fijáte!

Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

barbara-m@bluewin.ch

E-Mail-Abo: Fr. 85.-

www.guatemala.de/Fijate

Erscheint vierzehntäglich

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht

Deutschland und Österreich:

Solidarität mit Guatemala e.V.

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

¡Fijáte!

Christian Hagmann

Am Bahnhof 6

78315 Radolfzell

fijate@web.de

E-Mail-Abo: Euro 50.-